Toleranz als Motto des Jubiläumsjahres

Erziehung zur Toleranz: die ständige Aufgabe

RITA SÜSSMUTH

Das Problem der Toleranz hat eine lange Geschichte und viele Aspekte; es hat zu allen Zeiten und in vielen Kulturen immer wieder Menschen herausgefordert, nach Wegen zu ihrer Verwirklichung zu suchen. Toleranz ist ein Schlüsselgedanke der Aufklärung. Philosophen haben ihren Inhalt und ihre Grenzen zu bestimmen versucht, und Erzieher haben sich darum bemüht, sie als tägliche Lebensform in der Gesellschaft zu verankern. Aber bis in die jüngste Gegenwart ist die Idee der Toleranz immer wieder mißachtet worden, und aus Intoleranz erwuchsen Haß und unmenschliche Barbarei. Es ist wichtig, daß die Vereinten Nationen anläßlich ihres 50jährigen Bestehens das Jahr 1995 zum *Jahr der Vereinten Nationen für die Toleranz* erklärt haben.

I

1945 unter dem Eindruck der deutschen Gewaltherrschaft und der Schrecken des Zweiten Weltkriegs gegründet, hat die Weltorganisation in ihren ersten 50 Jahren eine Reihe von Erfolgen erzielt, aber auch viele schmerzliche Niederlagen hinnehmen müssen. Bisher hat sie alle Krisen überstanden, und es war und ist keine Alternative zu dieser oft gescholtenen Einrichtung in Sicht. Und doch scheint es, daß sie jetzt, nach dem Ende des sogenannten Kalten Krieges zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion, eine ihrer schwersten Krisen durchzustehen hat. Hatten die Vereinten Nationen in den Zeiten der Systemkonkurrenz einen Modus vivendi gefunden, der dafür sorgte, daß die vielfältigen Konflikte in der Welt nicht zu einem alles vernichtenden Weltenbrand wurden, so scheint es jetzt so zu sein, als würden die vielen ›kleinen‹ Konflikte die Kraft der Weltorganisation übersteigen und das System der Vereinten Nationen sprengen.

Wenn daher dieses Jubiläumsjahr 1995 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum ›Jahr der Toleranz‹ ausgerufen worden ist, so wollten die Initiatoren die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Probleme lenken, die heute das Zusammenleben der Menschen auf dieser Erde in besonderer Weise bedrohen. Auf diese aktuellen Gefährdungen haben UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali und der Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), Federico Mayor, gemeinsam hingewiesen. Die verschiedenen Konflikte seit 1989 sind ihrer Ansicht nach vielfach auf ethnische, nationalistische und religiöse Spannungen zurückzuführen, die insbesondere auf einen Mangel an Toleranz gegenüber anderen gründen.

Im ›Jahr der Toleranz‹ rufen sie daher auf

»zur Verständigung mit den Menschen anderer Kulturen, ihren Lebensweisen, Traditionen und ihrer Geschichte, zur Ablehnung von Gewalt und zur Anwendung friedlicher Mittel für die Lösung von Meinungsverschiedenheiten und Konflikten, zur Offenheit und Achtung gegenüber dem Fremden, zur Anerkennung der vielfältigen kulturellen Formen des Menschseins.«[1]

Toleranz kann das Ertragen einer physischen, psychischen oder ideologisch-weltanschaulichen Last bedeuten. Und diese Last kann nicht einfach nach Belieben abgeschüttelt werden. Das heißt, die Distanz von der Einschränkung der Toleranz bis zu ihrer Abschaffung (was häufig die Errichtung von Willkür- und Gewaltherrschaft bedeutet) ist sehr klein. Positionen, Ideen, Anschauungen, denen ich – wenn auch bedingt – zustimmen kann, bedürfen meiner Toleranz nicht. Ihnen gegenüber tolerant zu sein, ist keine Kunst. Toleranz kommt dann zum Tragen, wenn sie meinen Grundüberzeugungen zutiefst widersprechen.

II

Toleranz entzieht sich Mehrheitsentscheidungen. Sie kann nicht per Mehrheitsbeschluß verordnet, aber auch nicht außer Kraft gesetzt werden. Letzterer Gefahr erliegen besonders leicht demokratisch strukturierte Gesellschaften, gelten doch den meisten Menschen Mehrheitsentscheidungen als urdemokratisch und damit schlechthin als unbedenklich. Von da ist es nur ein kleiner Schritt zu der Auffassung von der »übertriebenen Toleranz« in unserer Gesellschaft, in der »die Mehrheit der Bürger nicht gehört wird, sondern Minderheiten bestimmen, was wir tun und lassen dürfen«.[2]

Politiker haben beim ›Kruzifix-Urteil‹ in diesen Tenor mit eingestimmt, so daß verstärkt die Forderung zu hören ist, nun endlich die Mehrheit vor der Minderheit zu schützen. Aber das in dieser Diskussion oft beschworene Toleranzgebot besagt, daß der Minderheitenschutz schwerer wiegt und größere Beachtung verdient als der Mehrheitswille.

In diesem Zusammenhang sind einige grundsätzliche Ausführungen Iring Fetschers von Belang:

»Im Unterschied zur klassischen kontinentalen Auffassung der Demokratie, die ihr Ideal in der Einstimmigkeit erblickte und für die Unentbehrlichkeit einer legalen Opposition kein Verständnis hatte, geht die – aus England und Nordamerika kommende – liberale Demokratiekonzeption von der Unentbehrlichkeit einer Mehrzahl von Parteien und deren gegenseitiger Duldung aus. Ohne die Garantie der Toleranz der Minderheit durch die Mehrheit kann das Prinzip der Mehrheitsentscheidung ... nicht akzeptiert werden. Toleranz heißt daher in der pluralistischen, liberalen Demokratie, daß politische Mehrheitsentscheidungen nicht der öffentlichen Kritik verschlossen sind, sondern dies zulassen. Der Versuch, politische Mehrheitsenscheidungen zu absoluten Wahrheitsentscheidungen auszubauen, läuft darum auf eine Negation ihrer Bedingtheit heraus. Toleranz ist das inhaltliche Kriterium dafür, wie die Mehrheitsentscheidungen realisiert werden.
Im Verhältnis zur Minderheit bedeutet die Toleranzforderung, daß die Mehrheit auch eine Verantwortung für die unterlegene Minderheit hat. Sie kann und darf Zustimmung zu ihren Entscheidungen nur in einem Rahmen politischer Kompetenz zur Gesetzgebung fordern, der die Selbständigkeit von Minderheiten nicht aufhebt. Das bedeutet, Inhalt und Art der Entscheidung dürfen nicht so beschaffen sein, daß sie eine totale inhaltliche Zustimmung auch der Minderheit erzwingen wollen.«[3]

Toleranz ist in erster Linie die Tugend der Mächtigen, Stärkeren, im allgemeinen der Mehrheit. Insofern fällt der Mehrheit und insbesondere den sie repräsentierenden Politikern eine besondere Verantwortung zu. Minderheiten müssen vor der Willkür – oder um es noch schärfer zu formulieren: vor der ›Diktatur der Mehrheit‹ – geschützt werden, ansonsten wäre unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung aufs höchste gefährdet.

Doch was bedeutet die ›Last‹ der Toleranz für die alltägliche Praxis und vor allem für die Politik? Gilt für die Forderung nach Toleranz in der Politik auch, was viele Politiker von der Bergpredigt sagen? Nämlich: für den Hausgebrauch ganz nützlich und empfehlenswert, für die praktische Politik aber unbrauchbar? Die entscheidende Frage scheint zu sein, ob jede Minderheit allein schon dadurch Anspruch auf unbedingte, ›grenzenlose‹ Toleranz hat, weil sie Minderheit ist. Die Antwort scheint klar: Auch Toleranz hat Grenzen. Aber wo sind sie zu ziehen? Jean Amery meint, daß der Liberale sich neben der Freiheit und der Vernunft auch der Toleranz verpflichtet fühle. »Denkt er sie zu Ende, muß er unweigerlich sich stoßen an dem Faktum, daß totale Toleranz nicht nur leer ist, sondern auch gefährlich...« Als gefährlich betrachtet er eine Idee von Toleranz, die jede öffentlich geäußerte Meinung gelten läßt oder gar respektiert. »Man kennt aber Meinungen, die keine solchen sind, vielmehr Vorbereitungen zur Mordveranstaltung großen Stils.« Aber auch für Amery

ist es eine schwer zu beantwortende Frage, »ob diese oder jene Meinung noch Meinung oder schon Komplizität« mit aktuellen oder potentiellen Mördern »ist, wann dieser oder jener Mund den Maulkorb verdient«.[4]

Der Hinweis auf Gesetze – demokratisch per Mehrheitsentscheidung der dafür befugten Organe zustandegekommen – greift offensichtlich zu kurz, um eine nennenswerte Einschränkung der Toleranz verantworten zu können. Es müssen also andere Normen herangezogen werden, um die Grenzen der Toleranz zu bestimmen. Es kann sich dabei aber nur um Normen handeln, auf die sich die Gesellschaft konsensual geeinigt hat und die damit auf einem einvernehmlichen Wertekanon aufbauen. Diese Forderung zu stellen, heißt aber heutzutage, in einer kontroversen gesellschaftlichen Diskussion eindeutig Stellung zu beziehen. Denn es heißt nichts anderes, als daß ›Erziehung zur Toleranz‹ in erster Linie ›Erziehung zu Werten‹ voraussetzt. Als Wertekanon sind sicher einmal der Grundrechtskatalog unseres Grundgesetzes sowie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die verschiedenen Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen heranzuziehen. Es geht um die humanistischen Werte, die sich beispielsweise auch in allen Weltreligionen finden, oder in der schlichten, aber treffenden Formulierung von Ruth C. Cohn: »Es geht ums Anteilnehmen«.[5] Und die Anteilnahme bezieht sich auf das Schicksal anderer Menschen wie auch auf das eigene. Ihre Philosophie der Toleranz, wie man sie nennen könnte, hat sie in einem Interview zu ihrem 80. Geburtstag folgendermaßen umrissen:

»Es ist so, ... daß ich wichtig bin und du wichtig bist und die Welt wichtig ist und daß ich diese Punkte, diese Wichtigkeiten ernst nehmen will. Und da ich ein fehlerhafter Mensch bin, tue ich das keineswegs immer, es hilft aber, wenn ich mir dessen bewußt bin.«[6]

Dr. Dr.h.c.mult.
Rita Süssmuth,
geb. am 17. Februar 1937
in Wuppertal,

ist Präsidentin des Deutschen Bundestages. Nach dem mit dem ersten Staatsexamen abgeschlossenen Studium der Romanistik und Geschichte in Münster, Tübingen und Paris studierte sie Erziehungswissenschaft, Soziologie und Psychologie und wurde 1964 zum Dr. phil. promoviert. Als Dozentin, später Professorin vertrat sie das Fach Erziehungswissenschaft an verschiedenen Hochschulen; seit 1973 ist sie Lehrstuhlinhaberin an der Universität Dortmund (derzeit beurlaubt). Seit 1988 ist sie Präsidentin des Deutschen Volkshochschulverbandes. Von 1979 bis 1991 war sie Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken. Der CDU schloß sich sich 1981 an; seit 1986 ist sie Bundesvorsitzende der Frauen-Union. Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit (ab 1986 auch für Frauen) war sie von 1985 bis 1988. Dem Deutschen Bundestag gehört sie seit 1987 an und ist seit Herbst 1988 dessen Präsidentin.

III

Für uns stellt sich die Frage, welchen Stellenwert die Toleranz in Öffentlichkeit und Politik gegenwärtig besitzt und was getan werden kann und muß, um ihr eine größere Bedeutung und Wirksamkeit zu verschaffen. Es ist sicher nicht sinnvoll, all die Untersuchungen und Thesen vorzustellen, die im Zusammenhang mit dem Thema in den letzten Jahren vorgelegt worden sind. Festgehalten werden sollte aber, daß seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1990 allgemein eine Abnahme von Toleranz und Weltoffenheit in diesem Land konstatiert wird. Und ›Abnahme von Toleranz‹ bedeutet ja gleichzeitig Zunahme von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und all der anderen Erscheinungen intoleranten und teilweise verbrecherischen Verhaltens.

Andererseits sollte aber auch festgehalten werden, daß Schlagzeilen über rassistische Ausschreitungen – die hier keineswegs verharmlost oder gar geleugnet werden sollen – nicht die gesamte Wirklichkeit in unserem Land darstellen, sonst sähe es in der Tat fürchterlich aus. Die vielkritisierte Medienlandschaft delektiert sich mehr an dem Abnormen als an der eher ›langweiligen‹ Normalität. Die vielen Beispiele von alltäglicher Toleranz, in allen Lebensbereichen gepflegt, sind keine Schlagzeilen wert. Die stärkere Betonung und Hervorhebung von Beispielen praktizierter Toleranz in unserem Land sollten gefördert und bekannt gemacht werden.

Die hohen, vielfach zu hohen Ansprüche sind es oft, welche die hehren Ziele in der rauhen Wirklichkeit scheitern lassen. Dieses Schicksal könnte auch die Toleranz treffen. Ich muß auch das Gegenteil – nämlich Intoleranz, Fremdenhaß, Rassismus und so fort – in den Blick nehmen, um die gesamte Realität zu erfassen. Intoleranz hat sehr viel mit Gefühlen zu tun, und zwar mit ›negativen‹, vielfach als sozialunverträglich eingestuften wie Wut, Zorn, Haß oder Verachtung. Aber Gefühle lassen sich nicht steuern und in diese oder jene Richtung dirigieren oder durch einen einfachen Willensakt unterdrücken – ganz nach Lust und Laune. Wir sollten uns dieser Gefühle bewußt sein und sie uns eingestehen, denn sie haben eine Existenzberechtigung, »weil sie *sind*«[7]. Gerade im Bewußtsein und in der Kenntnis dieser eigenen Gefühle stellt Toleranz eine ethische Grundhaltung dar, die eine erfolgreiche ›Gefühlsarbeit‹ erfordert. Bei Vermeiden oder Versagen dieser Arbeit besteht die große Gefahr, daß diese Gefühle in Form von Vorurteilen oder – schlimmer noch – als Haß und Rassismus auf andere Gruppen, politische oder sonstige ›Gegner‹ projiziert werden.

IV

Wenn »Kriege im Geist der Menschen entstehen« und »auch die Bollwerke des Friedens im Geist der Menschen errichtet werden müssen«, wie es in der Präambel der UNESCO-Satzung heißt, dann sind einige Überlegungen Erich Fromms in diesem Zusammenhang von Interesse. Fromm weist darauf hin, daß die westliche Zivilisation entscheidend vom aristotelischen Denken und seiner spezifischen Logik geprägt ist. Diese Logik mit ihren Sätzen von der Identität, vom Widerspruch und vom ausgeschlossenen Dritten habe das westliche Denken tief beeinflußt und zu großen Leistungen provoziert – aber gerade die Idee der Toleranz sei durch dieses Denken nicht befördert worden. Die chinesische und indische Philosophie sei im Gegensatz dazu vom sogenannten paradoxen Denken geprägt. Danach können, um es in der Sprache der Philosophie auszudrücken, A und Nicht-A durchaus als Prädikate von X auftreten.

Fromm betont die Schwierigkeiten von Menschen aus dem abendländischen Kulturkreis, paradoxe Ideen und Erfahrungen zuzulassen oder gar zu akzeptieren. Als Beispiel weist er auf Siegmund Freuds Begriff der Ambivalenz hin, »der besagt, daß man zur gleichen Zeit für die gleiche Person Liebe und Haß empfinden kann«. Diese Erfahrung sei für die paradoxe Logik durchaus ›logisch‹, für die aristotelische aber unsinnig. Es sei daher für westliche Menschen äußerst schwierig, sich ambivalente Gefühle einzugestehen.

»Wenn sie sich der Liebe bewußt sind, können sie sich nicht des Hasses bewußt sein – da es völlig unsinnig wäre, gleichzeitig gegen dieselbe Person zwei einander widersprechende Gefühle zu haben.«[8] Fromm macht auf einige Konsequenzen dieser verschiedenen Arten zu denken aufmerksam:

»Vom Standpunkt der paradoxen Logik aus ist nicht das Denken, sondern das Handeln das Wichtigste im Leben. Diese Einstellung hat noch verschiedene weitere Konsequenzen. Zunächst führt sie zur Toleranz... Wenn nicht das Richtige zu denken der Wahrheit letzter Schluß und der Weg zum Heil ist, besteht auch kein Anlaß, mit anderen zu streiten, deren Denken zu anderen Formulierungen geführt hat...
Der Hauptstrom des westlichen Denkens verlief in entgegengesetzter Richtung. Da man erwartet, durch richtiges Denken die letzte Wahrheit erkennen zu können, legte man das Hauptgewicht auf das Denken, wenngleich auch das richtige Handeln nicht für unwichtig gehalten wurde. In der religiösen Entwicklung führte das zur Formulierung von Dogmen, zu endlosen Disputen über dogmatische Formulierungen und zu Intoleranz gegen ›Ungläubige‹ oder Ketzer.«

Noch auf eine weitere Konsequenz dieses Denkens weist Fromm hin:

»Die Idee, daß man die Wahrheit auf dem Weg des Denkens finden könne, führte nicht nur zum Dogma, sondern auch zur Wissenschaft. Beim wissenschaftlichen Denken kommt es allein auf das korrekte Denken an, und zwar sowohl in bezug auf die intellektuelle Ehrlichkeit wie auch in bezug auf die Anwendung des wissenschaftlichen Denkens auf die Praxis – das heißt auf die Technik.«

Sein Fazit ist eindeutig:

»Kurz, das paradoxe Denken führte zur Toleranz und zur Bemühung, sich selbst zu wandeln. Der aristotelische Standpunkt führte zu Dogma und Wissenschaft, zur katholischen Kirche und zur Entdeckung der Atomenergie.«[9]

Erziehung zur Toleranz bedeutet Erziehung gegen Vorurteile, gegen Sündenbock- und Schwarz-Weiß-Denken, gegen Rassismus, Antisemitismus – und es sollte auch Erziehung zum paradoxen Denken im Sinne von Erich Fromm sein, um die Zwänge der aristotelischen Logik aufzubrechen. Selbstbewußtsein und Ich-Stärke sind eine gute Basis für Toleranz; Angst, die sich hinter Arroganz und Selbstgerechtigkeit verbirgt, eine ausgesprochen schlechte. Um noch einmal Iring Fetscher zu zitieren:

»Wir alle neigen zu Intoleranz und Aggressivität und bedürfen der ständigen selbstkritischen Reflexion auf unser eigenes Verhalten, um auch nur ein Mindestmaß an Toleranz entwickeln zu können. Intoleranz ist eine Reaktion auf das Gefühl eigener Schwäche... Toleranz hingegen verlangt echten Mut und setzt Ichstärke sowie die Fähigkeit zur Kontrolle eigener Triebimpulse und zur Korrektur eigener Vorurteile voraus... Die große politische Tugend, um deren Praktizieren weltweit gestritten wird, bleibt die Gerechtigkeit. Erst in einer gerechten Welt wird Toleranz zur Verhaltensweise aller Individuen und aller Gesellschaften werden können. Das darf uns aber nicht davon abhalten, bereits jetzt in unserer Umwelt Toleranz zu praktizieren. Die multikulturelle Gesellschaft, die sich auch in der Bundesrepublik zu entwickeln beginnt, ist auf Toleranz der Mehrheit gegenüber den zahlreichen Minderheiten angewiesen. Die Tatsache, daß das Grundgesetz die Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, Bekenntnis usw. verbietet, reicht allein nicht aus; erst die Anerkennung des Anderen in seinem Anderssein, die Zuerkennung seines Rechts auf ›Besonderheit‹ führt über das bloße Geltenlassen hinaus zur Wahrung der Menschenwürde.«[10]

V

Die Wahrung der Menschenwürde ›der anderen‹ muß vorgelebt werden, um pädagogisch wirksam zu werden. In diesem Prozeß fällt Politikern eine besondere Verantwortung zu. Insofern kann die Debatte, die um das Kruzifix-Urteil in Deutschland geführt wurde, bei allen verbalen Entgleisungen auch das positive Ergebnis haben, zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den Glaubensinhalten anzuregen, die durch das Kreuz versinnbildlicht werden, und dabei tätige Toleranz zu praktizieren.
Der Wertepluralismus, der in unserer Gesellschaft herrscht, muß unter allen Umständen respektiert werden – das gilt für alle Seiten. Dieser gegenseitige Respekt schließt Konflikte nicht aus – ganz im Gegenteil. Aber selbst im heftigsten Konflikt sollte Raum sein für etwas Selbstkritik und zur Anerkennung der Relativität der eigenen politischen, religiösen oder sonstigen Gewißheiten. Das Kennzeichen von Intoleranz ist auch immer der Versuch, die anderen verändern, oder schlimmer noch, ihnen etwas aufzwingen zu wollen.
In Abwandlung einer alten Rabbiner-Weisheit könnte in bezug auf unser Thema die Frage »Was sollte ein Mensch tun, wenn jeder intolerant handelt?« beantwortet werden: »Er sollte noch toleranter handeln.«[11]

1 unesco-sonder-info v. 15.5.1995, S. 1.
2 Leserbrief zum Kruzifix-Urteil, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 15.8.1995.
3 Iring Fetscher, Toleranz – von der Unentbehrlichkeit einer kleinen Tugend in der Demokratie, Friedrichshafen 1991, S. 20f.
4 Jean Amery, Die Grenzen liberaler Toleranz, in: Widersprüche, München 1990, S. 183f.
5 Ruth C. Cohn, Es geht ums Anteilnehmen, Freiburg 1989.
6 »Du kannst eine Schneeflocke sein«, in: Rheinische Post v. 22.8.1992.
7 Ruth C. Cohn / Alfred Farau, Gelebte Geschichte der Psychotherapie, Stuttgart 1987, S. 322.
8 Erich Fromm, Psychoanalyse und Zen-Buddhismus, Gesamtausgabe. Band VI, München 1989, S. 235.
9 Erich Fromm, Die Kunst des Liebens, Gesamtausgabe. Band IX, München 1989, S. 486f.
10 Fetscher (Anm. 3), S. 27.
11 Bei Bettelheim heißt dieser Rat der Rabbiner: »Auf die Frage ›Was sollte ein Mensch tun, wenn jeder unmenschlich handelt?‹ lautete ihre Antwort: ›Er sollte menschlicher handeln.‹ « Bruno Bettelheim, Janusz Korczak: Ein Gerechter in unserer Zeit, in: Themen meines Lebens, München 1993, S. 250.

Mit der Ausstellung des Originals der Charta der Vereinten Nationen am Sitz der Organisation wurde am 1. Februar 1995 eine Serie von Veranstaltungen und Ereignissen begonnen, die dem Gedenken an die Gründung der Weltorganisation vor 50 Jahren gewidmet ist. Im Bild (v. l. n. r.): Trudy H. Peterson, amtierende Archivarin des US-Nationalarchivs; UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali; Rudolph Giuliani, Oberbürgermeister New Yorks; Madeleine K. Albright, Ständige Vertreterin der Vereinigten Staaten; Legwaila Joseph Legwaila (Botswana), Präsident des Sicherheitsrats für den Monat Februar; Richard Butler (Australien), Vorsitzender des von der Generalversammlung eingesetzten Vorbereitungsausschusses für den fünfzigsten Jahrestag der Vereinten Nationen.